

die Reformgesetzgebung im Zivil- und Strafrecht. Die Frauen waren zwar da – immer präsent, helfend, dienend, arbeitend –, aber sie waren anscheinend für die Regierenden nicht wichtig.

Das Frauenwahlrecht in Weimar war der Ausgangspunkt für die Gleichberechtigungsklausel in Artikel 3 Absatz 2 Grundgesetz. Diese Klausel war keineswegs unumstritten. Der Parlamentarische Rat wollte 1949 wiederum eine Beschränkung der Rechte der Frau auf die politischen Rechte (wie in Weimar). Nur die starke Öffentlichkeitsarbeit der vier Frauen im Gremium

(Elisabeth Selbert (SPD), Friederike Nadig (SPD), Helene Wessel (Zentrum) und Helene Weber (CDU)) und die massive Androhung von Elisabeth Selbert (»[...] [sollte der Artikel] heute wieder abgelehnt werden, so darf ich Ihnen sagen, dass in der gesamten Öffentlichkeit die maßgeblichen Frauen wahrscheinlich dazu Stellung nehmen werden, und zwar derart, dass unter Umständen die Annahme der Verfassung gefährdet ist«, bewirkte, dass die Frauen heute nicht nur das politische Wahlrecht, sondern Gleichberechtigung auf allen Gebieten genießen.

*Julia Walter*

## Tadeusz im Elend

### 20 Jahre Kabinett Mazowiecki

*Am 24. August 1989 wurde in Polen der erste nichtkommunistische Premier im damaligen Ostblock gewählt. Seine Amtszeit dauerte nur wenig mehr als ein Jahr, und doch hinterließ seine Regierung einen souveränen polnischen Staat, der den Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft, später in die europäischen Strukturen, zügig und geregelt schaffte.*

#### Julia Walter

(\* 1980) ist Politikwissenschaftlerin und promoviert an der FU-Berlin über politische Führung in der Dritten Polnischen Republik.

jwalter4@gmx.de



Es sei ein Gefühl gewesen, als habe ihm jemand »hundert Kilo Steine« aufgeladen. So beschrieb Tadeusz Mazowiecki rückblickend seine Vereidigung zum ersten nichtkommunistischen Premier der Warschauer Pakt-Staaten vor nunmehr 20 Jahren. Und in der Tat. Als der 62-Jährige am 24. August 1989 seine Antrittsrede im Sejm hielt, machte er nicht den Eindruck eines gelösten und triumphierenden Wahlgewinners.

Müde und ausgezehrt hauchte er seine Worte ins Mikrofon, bis er wegen eines Schwächeanfalls um eine Sitzungsunterbrechung bitten musste.

Um sein Amt gekämpft, sich gar darauf gefreut, hatte Mazowiecki wahrlich nicht. Nach Abschluss der Verhandlungen am Runden Tisch hatte er sich zunächst aus der Öffentlichkeit zurückgezogen. Bei den halbfreien Wahlen vom 4. Juni kandidierte er für keine der beiden Parlamentskammern. Und als angesichts des imposanten Wahlergebnisses der Solidarnosc viele Oppositionsvertreter anschließend über eine Machtteilung mit den Kommunisten zu sinnieren begannen, erteilte Mazowiecki solchen Plänen eine scharfe Absage. Allein das oppositionelle Gedankenspiel einer Machtübernahme könne eine gewaltsame

Reaktion der Sicherheitskräfte provozieren, warnte er noch Mitte Juli.

Doch einen Monat später hatte sich die Situation geändert. Gorbatschow hatte beim Gipfel des Warschauer Paktes signalisiert, dass die Sowjetunion nicht länger den Anspruch erhebe, die innenpolitischen Zustände in den übrigen Mitgliedsländern zu überwachen. Nun kündigten selbst die Blockparteien der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR) die Unterstützung auf. Nach über zwei Wochen vergeblicher Bemühungen der Regierungsbildung musste der designierte Premierminister Czeslaw Kiszczak seine Demission einreichen. Ein Kabinett unter Führung der Solidarnosc schien anschließend der einzig logische Ausweg aus dem politischen Stillstand. Dafür bedurfte es eines Kompromisskandidaten, der alle Seiten zufrieden stellen konnte. Und der, da wurde sich Lech Walesa mit den Vertretern der PZPR und der Blockparteien schnell einig, konnte nur Tadeusz Mazowiecki heißen.

Die staatlichen Stellen schätzten Mazowiecki als vernünftigen und moderaten Partner, der keine radikal-oppositionellen Jugendtage durchlebt hatte, sondern bereits während seiner Zeit als Abgeordneter für die katholische Znak-Fraktion in den 60er Jahren die Koexistenz mit dem kommunistischen System erlernt hatte. Zudem sollte ein kirchennaher Premier die Unterstützung des Episkopats für eine Koalitionsregierung mit Beteiligung der PZPR garantieren.

Auch Walesa hielt große Stücke auf die Konsensfähigkeiten seines ehemaligen Beraters. Er wusste, dass kein Zweiter innerhalb der Solidarnosc die Funktionsmechanismen und Befindlichkeiten der Gegenseite ähnlich gut durchschaute. Darüber hinaus sah der charismatische Gewerkschaftsführer seine eigenen machtpolitischen Ambitionen durch Mazowiecki in keiner Weise gefährdet. Denn Mazowieckis Engagement speiste sich nicht aus Macht- hunger, Eitelkeiten oder dem Bedürfnis zur

Selbstdarstellung, sondern einzig aus dem gequälten Gedanken patriotischer Pflichterfüllung. Eben dieses geradezu preußisch anmutende Pflichtbewusstsein war es auch, das Mazowiecki letzten Endes seufzend in sein Schicksal einwilligen ließ.

Fassungsloses Kopfschütteln löste der Personalvorschlag lediglich in den Reihen der (aus der Solidarnosc hervorgegangenen) OKP-Fraktion aus. Dort genoss Mazowiecki zwar erst recht den Ruf höchster moralischer Integrität. Allerdings befürchteten selbst die engsten Freunde des designierten Premiers, dass sich dessen strikter christlicher Wertekanon im schnelllebigen und unbarmherzigen politischen Tagesgeschäft eher als Bürde denn als Orientierungshilfe erweisen würde. Zudem waren die demokratisch legitimierten Parlamentarier der OKP konsterniert über die Eigenmächtigkeit, mit der Walesa ohne jegliches Mandat die Personalverhandlungen aus dem Danziger Gewerkschaftshauptquartier heraus vorangetrieben hatte. Durch seine Rolle als Königsmacher, so lautete die Befürchtung, wolle er sich die bedingungslose Loyalität des ohnehin schon durchsetzungsschwachen Mazowiecki sichern; gewissermaßen ein Kabinett zu Danzigs Gnaden installieren.

### **Der beliebteste Politiker des Landes**

Doch zunächst wurden alle Zweifler eines Besseren belehrt. Zügig und energisch machte sich die neue Regierung an die Herkulesaufgaben der ökonomischen Sanierung und internationalen Neuorientierung des Landes. Innerhalb eines Jahres gelang Warschau die außenpolitische Emanzipation von der Sowjetunion und – im Rahmen des Zwei plus Vier-Vertrages – die für Polen so existenzielle endgültige Festschreibung der Westgrenze. Noch schneller schritten die wirtschaftlichen Reformen voran: 14 Tage nach Amtsantritt präsen-

tierte Finanzminister Leszek Balcerowicz vor dem Internationalen Währungsfonds sein Konzept für den polnischen Übergang zur Marktwirtschaft. Kurz vor Weihnachten legte er dem Parlament dann ein ausgewogenes Budget vor. In dieser gesetzgebenden und diplomatischen Geschäftigkeit vollzog sich die Abnabelung des Warschauer Kabinetts vom Danziger Gewerkschaftsboss nahezu von selbst. Ein konsternierter Walesa musste außerhalb von Parlament und Regierung beobachten, wie ihm viele seiner ehemaligen Mitarbeiter und Bewunderer in kürzester Zeit politisch über den Kopf wuchsen.

Das galt insbesondere für den Premierminister höchstselbst. Innerhalb weniger Wochen avancierte der zuvor in der Öffentlichkeit noch weitestgehend unbekannte Mazowiecki zum beliebtesten Politiker des Landes. Dabei bemühte er sich um seine Popularität ebenso wenig wie zuvor um seine Nominierung zum Regierungschef. Sein Auftreten widersprach allen Regeln professioneller Öffentlichkeitsarbeit.

Ständig sah der Premier krank, zerbrechlich und leidend aus. Seine Ansprachen im Fernsehen oder auf Versammlungen waren bar jedes Esprits und jeder Schlagfertigkeit. Journalisten erhielten auf ihre Fragen komplizierte, schablonenartige Antworten, die nicht nur wegen ihrer Länge, sondern allein wegen ihrer Langeweile nicht für das Fernsehen taugten. Mit Mikrofonen stand der stets nur raunende Mazowiecki auf Kriegsfuß, zuckte zusammen, wenn seine eigene Stimme plötzlich laut durch den Raum hallte. In dem polnischen Äquivalent zur Kabarettensendung *Hallo Deutschland* wurde Mazowieckis Puppe einer Schildkröte nachempfunden: steinalt, mit zerfurchtem Gesicht, nur im Zeitlupentempo unterwegs und auf unbekanntem Terrain schnell bereit zum Rückzug in den schützenden Panzer.

Zu Anfang aber liebten die Polen genau das an ihrem Premier. Er, der zweifache Witwer, der seine drei Kinder allein groß-

gezogen hatte und sich immer noch mit der Familie seines jüngsten Sohnes in eine kleine Dreizimmerwohnung zwängte, war ganz offensichtlich einer der ihren: geschunden, gebeutelt und erschöpft wie das ganze Land, aber dennoch voller Gottvertrauen. Die Paarung aus rhetorischer Unbeholfenheit, altersbedingter Gebrechlichkeit und christlicher Demut stand im langersehten Gegensatz zur aalglatten Professionalität der kommunistischen Funktionäre. »Tadeusz im Elend«, wie ihn die Journalisten bald liebevoll nannten, weckte eine hoffnungsvolle Mischung aus Mitleid und Vertrauen. Mazowiecki, das sah jedes Kind, war durch und durch integer, würde das Land nach bestem Wissen und Gewissen durch die unruhigen Zeiten steuern. Und Mazowiecki, auch das lernte jedes polnische Kind, war erstmals seit Jahrzehnten der Fremdherrschaft wieder *nasz premier, unser Premier*.

### **Inflation und Sparkurs stoppen Kabinett**

Doch paradoxerweise wurde langfristig ausgerechnet dieser rührende Vertrauensvorschuss Mazowiecki zum Verhängnis. Denn durch die zunächst so mühelos erzielten Zustimmungsraten lernten der Premier und seine Minister gar nicht erst, sich um Verständnis für ihre Vorhaben zu bemühen, für ihre Reformen zu werben, sie auch gegen Angriffe offensiv zu verteidigen. Je länger indes die Regale in den Lebensmittelgeschäften leerblieben, je schwindelerregender die Preise in die Höhe stiegen (innerhalb eines Jahres betrug die Inflationsrate 640 %) und je öfter einer der maroden Großbetriebe Bankrott anmelden musste, desto häufiger zweifelten viele Polen, ob sich die schmerzhaften Sparzwänge des Balcerowicz-Plans am Ende tatsächlich bezahlt machen würden.

In diesem Moment schlug die Stunde des Lech Walesa, der mit der Führung sei-

ner nunmehr völlig legal und unbehelligt operierenden Gewerkschaft längst nicht mehr ausgelastet war. Anders als Mazowiecki war Walesa ein wahres politisches Alphanier mit einem untrüglichen Instinkt für die Stimmungen und die Sehnsüchte der Massen. So auch im April 1990, als er zunächst seine Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen im Dezember ankündigte, um wenige Tage danach von der Regierung mit großer Geste eine Beschleunigung des Reform- und Dekommunierungsprozesses einzufordern.

Damit traf er den Nerv der Zeit. Denn in diesen Tagen begann nicht nur der Unmut über die wirtschaftliche Lage zu wachsen. Auch war Polen in den Wintermonaten vom absoluten Vorreiter der mitteleuropäischen Demokratisierungswelle zum hinterherhinkenden Nachzügler geworden. »Ceaurescu – ermordet, Honecker – vor Gericht, Jaruzelski – Präsident« brachten die Transparente polnischer Demonstranten das Dilemma vom Runden Tisch auf den Punkt.

In diesem Moment erwies sich das unbeirrte Festhalten des Premiers an seinen hehren Grundsätzen erstmals als fatal. Denn zum einen war er nicht bereit, Walesa seine Angriffe mit gleicher Münze heimzuzahlen. Zum anderen gelang es ihm nicht, sich zumindest durch Symbolpolitik im Bereich der Vergangenheitsbewältigung ein wenig Luft zu verschaffen. Bereits während seiner Internierung zur Zeit des Kriegszustandes hatte er geschrieben: »Diese ganzen Racheaktionen an Menschen, die politisch schon erledigt sind, hat in mir immer schon das Gefühl des Ekels hervorgerufen.« Und so sah er selbst nun auch von politischen Abrechnungen ab. Als ihn zwei Journalistinnen darauf ansprachen, warum der Sieg über den Kommunismus so vollkommen untypisch für Polen, weil maßvoll, symbolarm und »ohne Freude« verlaufen sei, antwortete er: »Ich weiß, dass Gesten für die Gesellschaft wichtig sind. Wenn es Gesten sind, die mir

zusagen, schließe ich mich ihnen an. Allerdings bin ich darin kein Meister.«

Und so endete die Amtszeit des ersten nichtkommunistischen Regierungschefs Mittelosteuropas nach nur wenig mehr als einem Jahr, als Mazowiecki nach dem Präsidentschaftswahlsieg Walesas seinen Rücktritt einreichte. Zurück ließ er eine Gesellschaft, die bis heute über den Umgang mit der realsozialistischen Vergangenheit und deren Repräsentanten tief zerstritten ist. Dennoch und vor allem aber: Zurück ließ sein Kabinett der unverhofften Minister den ersten souveränen polnischen Staat seit 1939, der wohl auch aufgrund des geordneten Übergangs zu Demokratie und Marktwirtschaft wenige Jahre später schon fest in den europäischen Strukturen verankert war.